

Medienmitteilung des Kantonalen Gewerbeverbandes St.Gallen (KGV)

Gewerbe St.Gallen fasst Parolen zum 14. Juni

3x Nein zu den Steuervorlagen

Die Präsidentenkonferenz des Kantonalen Gewerbeverbandes St.Gallen (KGV) hat entschieden. Weder die Erbschaftssteuerreform noch die Billag-Mediensteuer und die kantonale Steuergerechtigkeitsinitiative fanden die Zustimmung der Präsidenten.

Erbschaftssteuern schwächen Unternehmen

Die eidgenössische Erbschaftssteuerreform «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» wurde auf dem Podium von Nationalrätin Barbara Gysi, SP (pro) und Nationalrat Thomas Müller, SVP (kontra) diskutiert. Schnell war klar, Müller will grundsätzlich keine neue Steuer. Für die Sanierung der AHV müsse zuerst eine Auslegeordnung gemacht werden und erst dann könne man über Massnahmen diskutieren. Ausserdem stört ihn, dass das gleiche Geld noch ein drittes Mal besteuert werden soll, nachdem ja bereits Einkommens- und Vermögenssteuern bezahlt worden seien. Barbara Gysis Behauptung, von dieser Reform würde auch das Gewerbe profitieren, fand bei den Gewerblern keinen Glauben, im Gegenteil: Sie sind nach wie vor überzeugt, dass eine Erbschaftssteuer die Weitergabe eines Betriebes massiv erschweren würde.

Missglückte Billag-Mediensteuer

Dieter Kläy, Ressortleiter beim Schweizerischen Gewerbeverband sgV, findet, die Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (Billag) sei völlig missglückt. Als reine Umverteilungsvorlage und als Zwangssteuer für Alle bezeichnet er die Vorlage. Von der kurzfristigen Senkung der Gebühren hält Kläy gar nichts, im Gegenteil: «Die Vorlage gibt dem Bundesrat einen Freipass für spätere Erhöhungen».

Vermögenssteuer-Erhöhung schadet dem Wirtschaftsstandort

Die Kantonale Gesetzesinitiative «Zukunft dank gerechter Vermögenssteuer» wurde von Kantonsrat Marc Mächler, FDP, kommentiert. Er findet es nicht förderlich für den Wirtschaftsstandort St.Gallen, wenn die ohnehin schon hohe Steuerbelastung im Vergleich zu den Nachbarkantonen weiter erhöht wird. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten seien solche Experimente unangebracht, findet Mächler. Ausserdem empfindet er die Vorlage als reine Zwängerei der Linken, nachdem ähnliche Anliegen bereits mehrfach abgelehnt wurden.

Gewerbe sagt 3x Nein

Das Verdikt war klar: Alle drei Steuervorlagen wurden von den Präsidenten der Gewerbevereine und Berufsverbände einstimmig zur Ablehnung empfohlen.

Im Weiteren wurde durch die Präsidentenkonferenz das Konzept zu den kantonalen Wahlen 2016 genehmigt.